

Interview mit Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU)

„Es braucht gleiche Spielregeln für alle“

Minister Müller will deutsche Firmen über das Lieferkettengesetz in die Pflicht nehmen.

Doch die Zeit wird knapp.

Sind deutsche Firmen etwa an Kinder- und Zwangsarbeit oder tödlichen Fabrikunfällen beteiligt, will Gerd **Müller** sie dafür in die Pflicht nehmen. Doch sieht der Entwicklungsminister für das **Lieferkettengesetz** noch eine Chance, ehe er sich im Herbst vom Amt zurückzieht?

Mehr als 70 namhafte deutsche Ökonomen sprechen sich dafür aus, auch in der Bundespolitik gibt es über Parteigrenzen Zustimmung - doch noch immer ist das Lieferkettengesetz nicht auf den Weg gebracht. Seit Jahren will **Entwicklungsminister Gerd Müller** (CSU) Seit an Seit mit Arbeitsminister Hubertus Heil eine gesetzliche Verpflichtung deutscher Unternehmen durchsetzen, bei ihren weltweiten Zulieferern auf soziale und ökologische Mindeststandards zu achten. Doch das Vorhaben liegt auf Eis.

StZ: Herr Müller, entgegen großen Widerständen aus der Wirtschaft und von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier halten Sie und Ihr Ministerkollege Hubertus Heil am Lieferkettengesetz fest. Was lässt Sie so hartnäckig dafür kämpfen?

Minister Müller: Weltweit müssen 75 Millionen Kinder unter ausbeuterischen und gefährlichen Bedingungen schuften – in Steinbrüchen, Textilfabriken oder auf Tee- und Kaffeeplantagen - auch für unsere Produkte. Das ist **moderne Sklaverei**. Ihre Familien leben in Elend und Not.

Mit dem Lieferkettengesetz können und wollen wir das ändern und Menschenrechtsverletzungen wie Kinderarbeit und Ausbeutung verhindern. Viele Vorreiter-Unternehmen zeigen ja seit Jahren, dass dies machbar ist. Auch drei von vier Deutschen fordern ein solches Gesetz, genauso wie fast 100 Unternehmen und, ganz aktuell, 70 Ökonomen. Made in Germany soll nicht nur für gute Qualität stehen, sondern auch für faire Produktion.

Warum braucht es diese Verpflichtung zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards in der Lieferkette auf staatlichem Wege - haben Sie das Vertrauen in freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen verloren?

Freiwillige Initiativen sind wichtig. Sie zeigen: Es geht. Aber nur mit Freiwilligkeit erreicht man nie alle. Das zeigen die letzten 50 Jahre. Deswegen brauchen wir verbindliche Grundstandards, die für alle gelten. Wie das Verbot der Kinderarbeit. Es kann nicht länger sein, dass sich einige anstrengen und andere ohne Rücksicht auf Menschenrechte produzieren - und sich so noch Wettbewerbsvorteile verschaffen. Märkte brauchen klare Regeln. Deshalb schlagen Arbeitsminister Heil und ich ein Lieferkettengesetz vor, das gleiche Spielregeln für alle schafft.

Verstehen Sie die Sorgen der Wirtschaft - insbesondere der mittelständischen -, dass sie mit weiterer Bürokratie belastet werde? Mit welchen Argumenten wollen Sie sie überzeugen?

Wir alle sehen, dass wegen der Coronakrise viele Unternehmen in einer schwierigen Situation sind. Das gilt besonders für den Mittelstand. Deswegen gehen wir mit Augenmaß vor: Vom Gesetz werden nur größere Unternehmen erfasst. Die kennen die Mechanismen. Kleine Firmen oder Handwerksbetriebe sind ausgenommen. Für die größeren Unternehmen wird es Übergangsfristen geben, um sich auf die Regeln einzustellen. Und wir bieten Beratungen an - mehr als 800 haben wir schon durchgeführt. Am Ende ist es auch eine Frage der Reputation, ob Unternehmen sich zu Menschenrechten bekennen oder eben nicht.

Warum hat das Lieferkettengesetz für Sie eine so große Bedeutung, dass Sie sich dafür auch mit Vertretern Ihrer eigenen Partei und Bundestagsfraktion anlegen? Um welche Wirkung des Gesetzes geht es Ihnen vor allem?

Ich habe volle Unterstützung für meine Politik in der Partei - und zwar von der Spitze wie von der Basis. Auch die Bundeskanzlerin hat sich klar für ein solches Gesetz ausgesprochen. Wichtig ist, dass das Lieferkettengesetz nicht weiter von einigen Verbänden blockiert wird, jetzt kommt und eine Wirkung erzielt.

Denn **unser Wohlstand geht zu oft auf Kosten der Armen**. Nehmen Sie eine Jeans. Die wird in Bangladesch für fünf Dollar hergestellt. Bei uns liegt sie dann für 50 oder 100 Euro im Laden. Die Näherinnen schuften 14 Stunden am Tag, sechs Tage die Woche, für einen Stundenlohn von 40 Cent. Ich habe das gesehen. Eine Verdopplung würde reichen, damit sie ihre Familie ernähren können. Die Jeans würde in der Produktion nur um einen Euro teurer - von fünf auf sechs Euro.

Mit dem neuen Textilsiegel Grüner Knopf wollen Sie das ja ändern.

Das stimmt. Für den **Grünen Knopf** müssen Textilfirmen 46 anspruchsvolle Sozial- und Umweltstandards erfüllen - von A wie Abwassergrenzwerte bis Z wie Zwangsarbeitsverbot. Auch Mindestlöhne gehören dazu. Im ersten Halbjahr 2020 wurden bereits 50 Millionen Kleidungsstücke mit dem Grünen Knopf verkauft. Das sind bis zu drei Prozent Marktanteil.

Ich finde, das ist eine solide Entwicklung mitten in der Coronakrise. Das deutsche Bio-Siegel startete mit zwei Prozent. Heute kennt es jeder. Immer mehr Menschen legen Wert auf Nachhaltigkeit.

Aber nicht jeder kann es sich leisten.

Fair muss auch nicht automatisch teuer sein: Kleidung mit dem Grünen Knopf gibt es für jeden Geschmack und Geldbeutel. Große Einzelhändler wie Lidl, Aldi, Tchibo und Kaufland machen mit. Aber auch Vorreiterfirmen wie Jack Wolfskin, Vaude, Trigema oder Hess Natur. Der Grüne Knopf zeigt: **Faire Produktion ist wirtschaftlich machbar**. Aber meine Erfahrung ist auch: Damit alle mitmachen, braucht es gesetzliche Regelungen.

Sie haben in den vergangenen Jahren viele Länder bereist, in denen Not und Elend herrschen - und sich damit selbst auf Spurensuche nach Fluchtursachen begeben. Hat ein deutsches Lieferkettengesetz tatsächlich globale Tragweite - oder geht es auch um ein symbolisches Signal an andere Industrienationen?

Deutschland sollte als größte Volkswirtschaft Europas vorangehen. Unser Ziel ist eine einheitliche europäische Regelung. Aber in Brüssel mahlen die Mühlen manchmal langsam. Und selbst wenn wir eine europäische Regelung haben, brauchen wir am Ende trotzdem eine deutsche Durchführungsregelung. Deswegen führt an einem nationalen Gesetz kein Weg vorbei.

Mit einer **nationalen Initiative** haben wir jetzt die Chance, die EU-Gesetzgebung in unserem Sinne zu beeinflussen. Denn Brüssel schaut genau hin, was wir in Deutschland machen. Wir sollten vorangehen und die Standards selber definieren, bevor es Brüssel für uns tut. Das wäre auch im Interesse der deutschen Wirtschaft.

Welche Chancen geben Sie dem Gesetz, dass es tatsächlich in dieser nur noch kurz andauernden Legislaturperiode kommt - obwohl es sich im geltenden Koalitionsvertrag findet?

Ich bin optimistisch. Wir sind zwischen den Ressorts nah an einer Einigung und wollen das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode beschließen. Es kann nicht länger sein, dass Kinder für unser Spielzeug oder unsere Schokolade arbeiten müssen. **Wir müssen endlich vom Reden zum Handeln kommen.**